

Aus dem Inhalt:

- 0 Anzahl GR-Sitzungen
- 0 Ankauf Bezirksgericht
- 0 Städtische Gärtnerei
- 0 Demo gegen TTIP

Gebäude des Bezirksgerichts: Dezember 2013: Verkauft vom Bund um 590.000 Euro. Mai 2016: Gekauft von der Gemeinde um 950.000 Euro

In einer Sondersitzung des Gemeinderates wurde der Kauf des Gebäudes des ehemaligen Knittelfelder Bezirksgerichtes beschlossen. Dort wird nun umgebaut, und es entsteht ein „Haus der Vereine“. Die KPÖ ist für ein Haus der Vereine, aber diesem Ankauf konnten wir nicht zustimmen.

Wir haben von den Plänen das Bezirksgericht zu kaufen aus der Zeitung erfahren. In der Stadtratssitzung, die der Gemeinderatssitzung vorangegangen ist, haben wir nur teilweise Antworten auf unsere Fragen erhalten. Wir wollten z.B. wissen, um welchen Betrag der jetzige Eigentümer die Liegenschaft vom Bund erworben hat. Da wir dazu keine Information bekommen haben, haben wir selbst nachgeforscht.

Preissteigerung von 360.000 Euro!
Mit Ende Dezember 2013 hat der Bund das Bezirksgericht an die AREV Amtsgebäude Revitalisierung GmbH, einer privaten Investorengruppe, verkauft. Der Kaufpreis betrug 590.000 Euro. Das war das vom Bund verlangte Mindestgebot. Dass das Gebäude nur zum Mindestgebot verkauft wurde zeigt, dass es sich um keine begehrte Immobilie gehandelt hat. Ab Jänner 2014 bis zur Aussiedelung des Gerichts nach Judenburg bekamen die neuen Eigentümer Mietannahmen vom Bund. Dann stand das Gebäude leer. Der Kaufpreis, den die Gemeinde nun bezahlt, beträgt 950.000 Euro. Eine Preissteigerung von 360.000 (!) Euro innerhalb von zweieinhalb Jahren.

Preissteigerung nicht begründet
Wir wollten wissen, wie sich diese enorme Preissteigerung begründet. Auf unser Mail erhielten wir keine Antwort. Auch in der Gemeinderatssitzung wurde nicht schlüssig dargelegt, warum die Gemeinde nun so viel mehr bezahlt. Finanzreferent Harald Bergmann meinte lediglich, inzwischen hätte sich die Marktlage verändert. Die KPÖ war die einzige Fraktion, die diese Steigerung angesprochen und scharf kritisiert hat. Den anderen GemeinderätInnen von SPÖ, ÖVP und FPÖ erscheinen solche Steigerungen offensichtlich akzeptabel.



Die Gemeinde bezahlt für dieses Gebäude um 360.000 Euro mehr als die Vorbesitzer vor rund zweieinhalb Jahren.

Man muss sich vor Augen halten: Die öffentliche Hand privatisiert ein Gebäude, und einige Zeit später kauft ein anderer Zweig der öffentlichen Hand das Gebäude zurück - und bezahlt um 360.000 Euro mehr. So eine Preissteigerung würde man niemals hinnehmen, wenn es um das eigene Geld ginge. Mit dem Steuergeld der KnittelfelderInnen geht das offensichtlich leichter. Wir sind der Meinung, man darf nicht zulassen, dass private Investoren so hohe Gewinnspannen erzielen. Deshalb muss man einen solchen Kauf ablehnen.

Begehung:
Keine wesentlichen Änderungen
Wir haben vor der Gemeinderatssitzung eine Begehung des Gebäudes angeregt. Diese fand statt.

Wir haben im Gebäude im Wesentlichen alles so vorgefunden, wie das Gericht es verlassen hat. Lediglich im Keller wurden einige Duschtassen und einige Waschbecken installiert. Unsere Nachfrage hat auch bestätigt, dass es sonst keine baulichen Veränderungen gab. Also ist für uns nicht nachvollziehbar, womit sich eine solche Preissteigerung rechtfertigen sollte.

Drohung Asylheim

Der Kauf wurde auch damit begründet, dass dort die Errichtung eines Asylheims geplant sei. Es soll einen fertigen Vertrag der Besitzer mit dem Bund geben. Diesen Vertrag durften wir nicht einsehen. Wenn die Besitzer einen Vertrag mit dem Bund in der Tasche haben, dann würden sie darauf wohl nur verzichten, wenn das Angebot der Gemeinde lukrativer ist.

Wir haben uns in Sachen Asylheim direkt beim Innenministerium erkundigt. Allerdings erhielten wir, trotz Mail und mehreren Telefonanrufen keine Auskunft. Sehr wohl hat aber das Innenministerium die Gemeinde informiert, dass wir uns erkundigt haben. Im Gemeinderat sprach Bürgermeister Gerald Schmid von 400 bis 450 Asylwerbern im Gebäude. In einem Interview in der „Murtauer Zeitung“ steht aber folgende Aussage des Bürgermeisters zu lesen: „Wir reden hier von über 100 Asylwerbern mitten in der Stadt.“

Mindeststandards

Es gibt Mindeststandards für die Einrichtung von Asylheimen. Nur wenn diese erfüllt sind, gibt es einen endgültigen Vertrag mit dem Bund. Was wir bei der Begehung gesehen haben (leere Zimmer, einige leere Wohnungen und einen einzigen Wasch- und Duschaum im Keller), ist noch weit davon entfernt, eine genehmigungsfähige Unterkunft für eine größere Anzahl von AsylwerberInnen zu sein. Die Besitzer müssten noch viele Investitionen tätigen. Das brauchen sie nun aber ohnehin nicht mehr - sie erhalten ja 950.000 Euro von der Gemeinde.



Es ist strikt abzulehnen, dass in Knittelfeld ein weiteres Asylheim entsteht, solange andere Gemeinden ihre Quote nicht erfüllt haben. Aber gegen solche Pläne ist ein politischer Kampf zu führen. Im Bund regieren SPÖ und ÖVP, dort sitzen die verantwortlichen Ansprechpartner, dort müssen wir uns zur Wehr setzen.

Wir können nicht alle Häuser kaufen

Wenn es aber so ist, dass SPÖ und ÖVP im Bund über die Bedürfnisse der Gemeinden einfach drüberfahren, dann gibt es keine Garantie, dass nicht ein anderes Objekt gefunden wird. Dann haben wir wieder die gleiche Situation. Die Gemeinde kann nicht alle Häuser in Knittelfeld aufkaufen, um ein Asylheim zu verhindern. Die Drohung mit einem Asylheim kann kein Kriterium sein ein Gebäude zu kaufen. Damit macht man sich erpressbar. Auch die ÖVP hat sich ge-

gen die Vermischung der Themen Asylheim und Haus der Vereine ausgesprochen.

Was ist das beste Haus der Vereine?

Architekt DI Günter Reissner hat dem Gemeinderat drei Varianten präsentiert: Das Bezirksgericht, das City-Kaufhaus und einen Neubau in der Reselgasse. Er hat sich für das Bezirksgericht ausgesprochen, diese Variante sei, obwohl viele Umbauten nötig sind, die beste und günstigste.

Unser Eindruck bei der Begehung: Es gibt sehr viele Räume in einem guten Zustand. Es ist ein sehr großes Gebäude, uns erschien es für ein Haus der Vereine überdimensioniert. Das Bezirksgericht ist rund 120 Jahre alt, die Fassade steht unter Denkmalschutz. Es hat die Nachteile eines alten Hauses, wie z.B. eine schlechte Energieeffizienz. Das bedeutet höhere Betriebskosten, was sich durch die hohen Räume und breiten Aufgänge noch verstärkt. Der Keller ist muffig. Es ist für einen Laien schwer, die Vor- und Nachteile wirklich beurteilen zu können. Aber der Hausverstand rät dazu, es sich sehr gut zu überlegen, ein sehr großes und sehr altes Haus anzukaufen.

Energieeffizienter Neubau

In der Bewertung der Objekte wurden die Kosten des laufenden Betriebes nicht berücksichtigt. Das Haus der Vereine ist ein Projekt für viele Jahrzehnte. Ein energieeffizienter Neubau nach dem Stand der neuesten Technik, der durch Solarenergie und Photovoltaik geringe Betriebskosten hat, erscheint uns zukunftsweisender. Es sollte ein auf die Vereine zugeschnittenes Objekt mit geringen Betriebskosten sein. Etwas, das sich die Vereine und die Gemeinde auch langfristig leisten können.

Das Neue Volkshaus in der Reselgasse ist desolat. Früher oder später wird damit etwas getan werden müssen. Auch das wird Kosten verursachen. Ein Neubau hätte dieses Problem gelöst. Auch dieser Aspekt fand in der Bewertung keine Berücksichtigung.

Die Entscheidung ist gefallen. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben für den Ankauf des Bezirksgerichts gestimmt. Obwohl wir für ein Haus der Vereine sind, konnten wir nicht zustimmen. Denn das würde bedeuten, damit einverstanden zu sein, dass private Immobilienfirmen durch den An- und Verkauf öffentlicher Gebäude große Gewinne machen.

KPÖ – Partei der Nein-Sager?

Wenn wir nicht zustimmen, werden wir als Partei der „Nein-Sager“ abgestempelt. Wenn wir etwas ablehnen, dann haben wir dafür gute Gründe. Leider ist die politische Entwicklung so, dass vieles in eine falsche Richtung läuft. Es gibt vieles, zu dem man ganz einfach nicht ja sagen kann. Wir verstehen uns als kritische Oppositionspartei. Aus langer politischer Erfahrung wissen wir, dass wir umso heftiger angegriffen werden, je mehr wir mit unserer Kritik ins Schwarze treffen.

Eine Chance für die Zukunft: Für eine Umstellung des Verkaufs der Städtischen Gärtnerei auf alte Pflanzensorten

In einer Stadtratssitzung im April wurde die Schließung des Verkaufsbereichs der Städtischen Gärtnerei beschlossen. Nur KPÖ-StR. Renate Pacher hat dagegen gestimmt. Die KPÖ hält es für einen Fehler, diesen Zweig sang- und klanglos, ohne den Versuch eines Alternativkonzeptes, zu schließen.

Deshalb haben wir Frau DI Katharina Varadi-Dianat, Obfrau der ARGE Streuobst, gebeten, sich über Alternativen Gedanken zu machen, und diese Vorschläge am 18. April der Gemeinde und den GemeinderätInnen übermittelt.

Der Anbau und der Verkauf von seltenen, alten Kulturpflanzen und Samen könnte eine Alternative sein und hätte auch eine große gesellschaftliche Bedeutung. Im Zuge der Diskussionen um den Verlust der Kulturpflanzenvielfalt hat sich in der Bevölkerung das Bedürfnis nach Pflanzgut von altbekannten und regional angepassten Sorten von Gemüse- und Zierpflanzenarten entwickelt.

Dazu kommt, dass gerade in einem rauen Klima, wie dem der Obersteiermark, viele der für den Großhandel produzierten Jungpflanzen nicht gut gedeihen.. Zudem ist diese Ware in ihrer Vielfalt stark eingeschränkt und meist auf Hybridsaatgut basierend, also nicht weitervermehrbar.

Immer mehr wird die genetische Vielfalt eingeschränkt und gerät in das Visier von Agrarkonzernen (Monsanto...). Ein Beitrag zur Rettung des genetischen Reichtums wäre ein Dienst an der ganzen Menschheit. Österreich hat sich mit allen hoheitlichen Organen (das heißt auch den Gemeinden) durch die Ratifizierung der „Rio-Protokolle“ schon im März 1995 verpflichtet, für die Erhaltung der agrarischen Biodiversität (= Erhaltung von „alten“ Haustierrassen und Kulturpflanzensorten) zu sorgen.

Unter dem Motto „Zukunft gestalten“ könnte sich aus dieser Aufgabe ein sehr positiver Imagegewinn für Knittelfeld und die Steigerung des Bekanntheitsgrades für unsere Stadt ergeben.

Neben dem Verkauf könnte der nebenliegende Park (oder ein anderes Gelände) in einen Schaugarten für alte Pflanzensorten umgewandelt werden und so sowohl für Schulklassen als auch für TouristInnen eine Attraktion sein.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.944, 8720 Knittelfeld

Folgenden Antrag hat die KPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung gestellt:

Die Schließung des Verkaufs der Städtischen Gärtnerei wird zurückgenommen. Der zukünftige Schwerpunkt der Betriebstätigkeit soll in Produktion und Verkauf von alten und selten angebauten Pflanzsorten liegen.

Noch ist die Infrastruktur für Anzucht und Verkauf vorhanden, es wäre nicht zu spät, neue Wege zu gehen. Der Erhalt der genetischen Vielfalt ist auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe, und die Knittelfelder Gärtnerei könnte einen wichtigen Betrag dazu leisten.

Leider wurde unserem Antrag von SPÖ, ÖVP und FPÖ nicht die Dringlichkeit zuerkannt. Er kam somit nicht auf die Tagesordnung. Allerdings erklärten einige Gemeinderäte, die Idee sollte in den zuständigen Ausschüssen weiterbehandelt werden. Wir werden am Ball bleiben und hoffen, doch noch ein Umdenken bewirken zu können. Übrigens wäre es auch möglich für ein solches Projekt Förderung von der EU und anderen Stellen zu erhalten.

Es bleibt bei nur vier regulären Gemeinderatssitzungen im Jahr

Schon im Dezember, nachdem bekannt wurde, dass für 2016 nur mehr vier reguläre Gemeinderatssitzungen vorgesehen sind, hat die KPÖ den Antrag eingebracht, mindestens sechs Sitzungen abzuhalten. Das wurde abgelehnt.

Nun hat die ÖVP ebenfalls einen solchen Antrag eingebracht. Dort steht zu lesen: „Wie sich nun bereits zeigt, würde der Gemeinderat mehrere Sitzungen benötigen, um Entscheidungen rechtzeitig vorzubereiten und diese auch rechtzeitig zu treffen. Denn über die Medien Sachverhalte zu kommunizieren, über die der Gemeinderat noch keine Ahnung hat und erst später in einer Gemeinderatssitzung beschlossen werden kann, sind für ein demokratisches Miteinander nicht sehr dienlich.“ Natürlich haben wir diesen Antrag unterstützt. Er wurde von SPÖ und FPÖ abgelehnt.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Donnerstag, 23. Juni

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr

Voranmeldung: 03512/ 82240



STOP TTIP

GROSSDEMO
4. Juni, Graz 14:30 Uhr, Mariahilferplatz

Gegen den Willen der Bevölkerung soll das Freihandelsabkommen TTIP durchgedrückt werden. TTIP würde die Konzerne noch mächtiger machen.

Die KPÖ organisiert einen Bus nach Graz
Unkostenbeitrag: 5 Euro

Information, Bustickets und Anmeldung:
Elvir Kujović: 0660/5463 765
Andreas Fuchs: 0650/8732 160
KPÖ-Knittelfeld: 03512/822 40
E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

Noch ist es nicht zu spät
– wehren wir uns!



In Geheimverhandlungen wird über unsere Zukunft entschieden

Seit 2013 verhandeln die EU und die USA über ein weitreichendes Freihandelsabkommen namens TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Das Abkommen zielt auf eine Angleichung von Gesetzen und Regelungen in den Wirtschaftsregionen der EU und der USA ab.

Hinter TTIP versteckt sich ist ein massiver Angriff auf alles, was uns wichtig ist:

Soziale Sicherheit, Arbeitsrechte, Umweltschutz, nachhaltige Landwirtschaft und Demokratie – da die Standards in Europa in vielen Bereichen wesentlich höher sind als in den USA, würden diese durch eine Angleichung enorm unter Druck kommen. Durch die Schaffung eigener Schiedsgerichte soll die nationale Gesetzgebung ausgehebelt werden. Die Macht der Konzerne würde noch mehr anwachsen.

TTIP ist gegen die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Alles auf unserem Planeten soll zur Ware gemacht und in Konzernprofite umgewandelt werden. Doch der Widerstand dagegen wächst. Noch ist TTIP nicht beschlossen. Es ist nötig, aktiv zu werden. Eine Möglichkeit ist die Teilnahme an der Großdemonstration gegen TTIP am 4. Juni in Graz.

Unsere Internetadresse:
www.kpoe-steiermark.at



MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

**Kontakt: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld,
Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at**